

**AMT DER WIENER  
LANDESREGIERUNG**

MD-Verfassungs-  
und  
Rechtsmittelbüro  
1082 Wien, Rathaus  
40 00-82 325

MD-VfR - 581/99

Wien, 12. Mai 1999

Entwurf eines Bundesgesetzes,  
mit dem das Beamten-Kranken-  
und Unfallversicherungsgesetz  
(27. Novelle zum B-KUVG) und  
das Karenzgeldgesetz geändert  
werden;  
Begutachtung;  
Stellungnahme

zu GZ 21.155/1-11/99

An das  
Bundesministerium für Arbeit,  
Gesundheit und Soziales

Auf das do. Schreiben vom 19. April 1999 gibt das Amt der Wiener Landesregierung nach Anhörung des Unabhängigen Verwaltungssenates Wien bekannt, daß gegen den im Betreff genannten Gesetzentwurf keine Bedenken bestehen.

Zu § 93 des gegenständlichen Entwurfes wird jedoch bemerkt, daß die Anfügung eines neuen Abs. 3a auch in den Abs. 1 und 4 dieser Bestimmung berücksichtigt werden müßte.

Gleichzeitig werden 25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme an das Präsidium des Nationalrates übermittelt. Eine weitere Ausfertigung ergeht an die e-mail Adresse "begutachtungsverfahren@parlament.gv.at".

Für den Landesamtsdirektor: